



Interviews

Datum: 4. Juni 2024

Philipp May im Gespräch mit Jens Spahn

Philipp May: Am Telefon ist jetzt einer der Köpfe hinter der Entscheidung zur Einberufung des Untersuchungsausschusses, Jens Spahn, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Union, zuständig für Energie und Wirtschaft. – Guten Morgen, Herr Spahn.

Jens Spahn: Schönen guten Morgen, Herr May!

May: Warum ist das mehr als politischer Zirkus, den Sie da veranstalten?

Spahn: Zum einen in der Sache. Das Ausschalten der letzten Kernkraftwerke mitten in der Energiekrise war eine der folgenreichsten Entscheidungen der deutschen Energiepolitik. Es geht in der Sache um etwas.

Zum zweiten geht es um eine sehr grundsätzliche Frage, ob es ein grünes System des Regierens gibt, das Parteiinteressen über die Interessen des Landes stellt, und das zum zweiten dann noch versucht, die Öffentlichkeit darüber zu täuschen. Wir müssen uns erinnern: Der Wirtschaftsminister, Robert Habeck, hat mehrfach der deutschen Öffentlichkeit zugesagt, eine ergebnisoffene und tabufreie Überprüfung. Das sind seine Worte. Wir können bisher jedenfalls keinen Beleg dafür finden, dass die stattgefunden hat.

May: Herr Spahn, das klingt jetzt alles sehr wichtig, wenn Sie von einem „grünen System“ und von „Täuschung“ sprechen. Ich versuche es trotzdem mal, auf den Kern runterzubrechen, wenn Sie erlauben. Es ging ja bei der AKW-Entscheidung schlicht um die Frage, braucht man die drei verbliebenen AKW in der akuten Energiekrise, hervorgerufen durch den Wegfall des russischen Gases, vielleicht doch. Die Frage ist doch längst beantwortet worden. Wir haben die AKW sicherheitshalber drei Monate länger laufen lassen und am Ende haben wir sie nicht gebraucht und sind ganz gut durch die Energiekrise gekommen, besser als die meisten das erwartet haben. Jetzt,

ein Jahr später, machen Sie einen Skandal aus einer Sache, die ausnahmsweise mal gut gelaufen ist. Warum?

Spahn: Zuerst einmal in der Sache. Erst hieß es, wir haben kein Stromproblem und brauchen die Kernkraftwerke nicht. Dann hieß es, das sei mit der nuklearen Sicherheit nicht vereinbar. Dann hieß es, es gäbe keine Brennstäbe. Dann hieß es, die Betreiber hätten gesagt, es gehe nicht. Und wir wissen heute: Jede dieser Versionen ist inzwischen widerlegt. Das war eine grüne Märchenwelt, scheibchenweise uns präsentiert, in der die Fakten verdreht wurden.

Im Grundsätzlichen, Herr May - das eine ist die Entscheidung in der Sache -, finde ich, wenn ein Minister, der Vizekanzler noch dazu der deutschen Öffentlichkeit eine ergebnisoffene Prüfung verspricht, sie aber nicht liefert, ist das ein relevanter Vorgang. Wenn es eine ergebnisoffene Überprüfung gegeben hätte, dann müsste es doch dafür in einem Ministerium, das einigermaßen ordentlich geführt ist, irgendeinen Beleg geben, einen Vermerk, eine Ausarbeitung. Bisher haben wir nicht einen Beleg dafür bekommen und deswegen werden wir – und das sage ich auch ganz ohne Schaum vorm Mund. Wir gehen da pragmatisch und nüchtern heran, an den Untersuchungsausschuss. Das ist ein ganz normales Mittel der parlamentarischen Arbeit und dann werden wir das sehen. Und wenn es die Belege gibt für die ergebnisoffene Prüfung, dann ist doch gut. Und wenn es die nicht gibt, dann wird Herr Habeck ein paar Fragen beantworten müssen.

May: Es wurden zwei Stresstests durchgeführt. Nach dem zweiten wurden die AKW-Laufzeiten um drei Monate verlängert. Das Ende hatte eine schwarz geführte Bundesregierung eigentlich für Ende 2022 taxiert. Dann wurde es verlängert auf Mitte April 2023. Das würde ich jetzt unter „ergebnisoffener Prozess“ durchgehen lassen.

Spahn: Herr May, da ich ein wenig ministerielles Arbeiten kenne: Es geht ja hier auch um Vermerke. Es geht übrigens auch um die Möglichkeit des Parlaments zur Kontrolle. Das sind ja sehr folgenreiche Entscheidungen, ja, in der Krise, ja, in einer Kriegssituation in Europa, und deswegen würde ich da immer auch einen Vorschuss geben. Gleichwohl muss es doch in einem Ministerium entsprechende Vermerke, Belege, Akten geben. Parlamentarische Kontrolle auch in einer Demokratie ist doch nur möglich, wenn Entscheidungen auch dokumentiert und belegt werden. Ich habe den Eindruck, im Umwelt- und im Wirtschaftsministerium, die werden so geführt, als wären das irgendwie NGOs. Die kann man nicht so führen, als wäre man noch bei

Agora Energiewende. Ein Ministerium muss man anders führen. Deswegen, sage ich noch einmal, gehen wir da wirklich ganz nüchtern und pragmatisch heran. Entweder es gibt diese Belege, dann sind wir ja schnell bei einem Ergebnis, oder es gibt die Belege nicht. Wenn uns aber wochenlang, nachdem wir danach fragen, keine entsprechenden Belege vorgelegt werden, wir eher den Eindruck haben, dass das Ganze getäuscht und verzögert werden soll, wir alle möglichen falschen Fährten gelegt bekommen, aber nicht den einfachen Vermerk, der die ergebnisoffene Prüfung belegt in einer, für die deutsche Energiepolitik sehr folgenreichen Entscheidung, dann wollen wir das einfach aufarbeiten und das werden wir dann in aller Ruhe in diesem Untersuchungsausschuss machen.

May: Trotzdem wundere ich mich, weil normalerweise kommt ein Untersuchungsausschuss ins Spiel, wenn etwas für alle sichtbar schiefgegangen ist, zum Beispiel Breitcheidplatz, NSU, Wirecard, etc. pp. Sie wissen was ich meine, wenn es um Straftaten geht beispielsweise und ein Zusammenhang mit politischen Versäumnissen im Raum steht. Aber hier ist ja nichts schiefgegangen. Die Bundesregierung hat nur eine strategische Entscheidung getroffen beziehungsweise sie hat noch nicht mal diese Entscheidung getroffen; sie hat sie nicht geändert, eine Entscheidung, die Sie eigentlich schon getroffen haben, die Ihnen jetzt nicht passt, die sich möglicherweise in zehn Jahren auch als falsche Entscheidung herausstellen kann. Aber das ist ja etwas ganz anderes als jetzt politisches Versagen.

Spahn: Das sehe ich in der Sache entschieden anders. Wenn die Lage sich ändert – und mit Kriegsbeginn hatte die Lage sich geändert. Ganz Europa hatte ein Stromproblem und hat in Teilen immer noch ein Stromproblem. Wir haben teuren Strom, die deutsche Industrie wandert ab. Mit diesen Kernkraftwerken hätten wir den Großteil des Strombedarfes der deutschen energieintensiven Industrie kostengünstig decken können. Jetzt investieren die im Ausland. Das sind alles sehr folgenreiche Entscheidungen und diese Kernkraftwerke hätten besser über den 15. April hinaus laufen sollen. Übrigens eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sieht das auch genauso. Es ist in der Sache aus unserer Sicht eine falsche Entscheidung. Wenn die Grünen einfach nur gesagt hätten, wir wollen politisch nicht, dass die weiterlaufen, weil wir uns Jürgen Trittins Lebenswerk verpflichtet fühlen, wäre das ja auch noch irgendwie eine politische Entscheidung gewesen. Aber wenn der Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland dem deutschen Volk sagt, Leute, es ist Krise, es ist ernst und ich werde ergebnisoffen prüfen, und dadurch übrigens auch viel seiner politischen Glaubwürdigkeit hier aufgebaut hat in der damaligen Zeit, es dann aber keinen

Beleg für diese ergebnisoffene Prüfung gibt, dann muss auch der Vizekanzler sich Fragen gefallen lassen. So geht nun mal parlamentarische Demokratie.

May: Entschuldigung, wenn ich da jetzt noch mal einhake. Sie haben gesagt, dass die Strompreise teurer geworden sind wegen des Wegfalls der drei Atomkraftwerke. Dafür gibt es keinen Beleg. Im Gegenteil! Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung hatte die Abschaltung der drei AKW kaum einen messbaren Effekt auf den Strompreis, sondern die teuren Strompreise sind allein deswegen zustande gekommen, weil wir diesen Wegfall des russischen Gases verkraften mussten. Mittlerweile fallen die Strompreise ja wieder. Deswegen ist die akute Energiekrise auch mehr oder weniger überwunden.

Spahn: Das halte ich mit Verlaub für Unsinn. Die deutschen Kernkraftwerke haben Strom produziert. Die waren ja abgeschrieben für drei, vier, fünf Cent.

May: Aber das ist jetzt eine Behauptung!

Spahn: Aber, Herr May, das Schöne ist doch: In diesem Untersuchungsausschuss können wir doch genau diese Fragen dann aufarbeiten. Ich weiß gar nicht, was spricht denn gegen eine pragmatische, nüchterne, sachliche Aufklärung. Jedenfalls haben diese Kernkraftwerke für drei, vier, fünf Cent die Kilowattstunde Strom produziert.

May: Braucht man dafür einen Untersuchungsausschuss, um aufzuarbeiten?

Spahn: Genau mit diesem Strompreis hätten wir die deutsche energieintensive Industrie im Land halten können. Belgien macht genau das. Es verlängert die Laufzeiten seiner Kernkraftwerke und ein Teil des Stroms geht gezielt und direkt in die energieintensive Industrie. Damit hat Belgien einen Standortvorteil gegenüber Deutschland. Das ist die Sachfrage.

Aber – und das ist das Wichtige, Herr May – dieser Untersuchungsausschuss ist vor allem deswegen auch ein Thema, weil die Frage ist, können die Bürger dem Vizekanzler, Herrn Habeck, und Frau Ministerin Lemke trauen. Wenn jemand sagt, ich mache eine ergebnisoffene Prüfung, wenn jemand sagt, in dieser Krise sind wir Grünen super pragmatisch und diese Regierung und wir machen alles, was geht, und wir stellen dann fest mit einfachstem E-Mail-Verkehr (und ansonsten gibt es keinerlei Belege für irgendeine Überprüfung), es wird so getan, als ob, dann ist das in der Krise eine Täuschung der Öffentlichkeit. Deswegen sage ich noch einmal: Wenn es die Belege gibt für diese Prüfung, sollen sie uns die einfach herüberschicken aus diesen Ministerien. Sie tun es seit Wochen und Monaten nicht. Wenn es diese Belege nicht gibt, wurde die deutsche Öffentlichkeit getäuscht, und das lässt sich ja beides herausarbeiten.

May: Das klingt jetzt ein bisschen wie eine Beweislastumkehr, die Sie da vornehmen. Sie müssten ja eigentlich belegen, dass es keine ergebnisoffene Prüfung gegeben hat. Das können Sie ja auch nicht.

Spahn: Sorry, da muss ich rein. Der Deutsche Bundestag ist der Souverän. Entschuldigung, die Bundesregierung ist gegenüber dem Bundestag rechenschaftspflichtig, nicht anders herum, und diese Erwartung habe ich.

May: Am Ende ist es trotz allem eine politische Entscheidung, ob man Atomkraftwerke weiterlaufen lässt oder nicht.

Spahn: Wenn man sagt, es ist eine politische, und noch einmal, hätten die Grünen gesagt, uns ist Jürgen Trittins Lebenswerk wichtiger als das Wohl des Landes, gar kein Problem. Dann wäre es eine politische, parteipolitische Entscheidung. Aber der Vizekanzler hat gesagt, es wird ergebnisoffen, tabufrei geprüft. Und ich finde, dann hat das deutsche Volk ein Recht darauf, dass das auch passiert in der Krise bei einer solchen folgenreichen Entscheidung.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews
und Diskussionen nicht zu eigen.*